



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 25. Januar 2021
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

A 348 Anfrage Lichtsteiner-Achermann Inge und Mit. über die Bekämpfung und Überwachung von Kinderpornographie im Netz / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Inge Lichtsteiner-Achermann ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Inge Lichtsteiner-Achermann: Ich bedanke mich bei der Regierung für die Antwort, aber ich bin mit der Antwort nicht zufrieden. Es ist zurzeit aber auch schwierig, in diesem Rat Themen zu besprechen, die nicht mit Corona-Entscheidungen oder Impfstrategien zu tun haben. Die Antworten sind für mich ungenügend. Sie ähneln einer Blackbox, etwa so dunkel wie das Darknet. Das Thema Kinderpornographie im Netz ist omnipräsent, aber eben im Dunkeln und somit nicht sichtbar für normale Internetnutzer. Schon bei der ersten Frage zur statistischen Erfassung der Delikte weist die Regierung darauf hin, dass Vergehen gegen Kinder nicht separat erfasst werden könnten. Ich gehe davon aus, dass die Zahlen in der Antwort bereits überholt sind. Gemäss Recherchen der «Neuen Zürcher Zeitung» aufgrund von Berichten der EU-Strafverfolgungsbehörde Europol soll die Nachfrage nach kinderpornographischen Videos und Bildern während der Corona-Krise um 30 Prozent angestiegen sein. Die Schweiz respektive der Kanton Luzern wird keine Ausnahme sein. Wir befinden uns bereits in der zweiten Corona-Welle und kämpfen mit weiteren Einschränkungen und Entbehrungen, um nicht in eine dritte Welle zu geraten. Die Nachfrage wird also auch bei uns steigen. Zu Frage 4: Seit dem 1. Januar 2021 ist die NEDIK eingesetzt, das Netzwerk für Ermittlungsunterstützung in der digitalen Kriminalitätsbekämpfung. Die Kantonspolizei Bern wurde damit beauftragt, das Fedpol hat seine Ermittlungen und Recherchen Ende 2020 eingestellt. Das Geld, welches der Kanton Luzern zahlt, wechselt also vom Bund zum Kanton Bern, und dieser Wechsel ist für unseren Kanton kostenneutral. Aber welche Investitionen für Infrastrukturen, Ausbildungen und Personalressourcen der Kanton Bern zusätzlich tätigt, geht aus der Antwort nicht hervor. Es wäre gut zu wissen, was der Kanton Luzern für sein Geld dann wirklich bekommt. Zu Frage 5: Die Regierung sagt, dass sie davon ausgehe, dass ungefähr zwei Personaleinheiten zusätzlich notwendig sind, um die erfassten Delikte bearbeiten zu können. Im Kanton Luzern befassen sich zurzeit elf Mitarbeitende mit 960 Stellenprozenten mit diesen Delikten. Ermittlungsaufwand, Datenmengen und Fälle steigen stark, wie die Regierung ausführt. Das sind definitiv zu wenig Mitarbeitende, und diese Arbeit ist dermassen belastend, dass die Ermittelnden dadurch psychische Probleme bekommen können. In der Nachverfolger- und in der Prioritätenliste der Abteilung Sexualdelikte liegt die verbotene Pornographie an letzter Stelle. Ich bin gespannt auf die personelle Aufstockung bei der Kriminalpolizei. Bis dahin wurden die notwendigen Personalressourcen aus finanziellen Gründen immer zurückgestellt. Ich komme nochmals auf die Zahlen aus der Antwort der Regierung zurück: Sie sind für mich mager, möglicherweise auch deshalb, weil

die Täter im Dunkeln operieren. Das zeigt doch aber deutlich, dass in der Prävention, und zwar über Kantons- und Landesgrenzen hinweg, gearbeitet und in diese investiert werden sollte. Ich vermisse in der Antwort den klaren Willen, in die Prävention zu investieren. Die grosse Dunkelziffer verlangt dringend nach Personalressourcen. Im Ausland wird das gemacht. Wo stehen wir? Ich bin überzeugt, dass sich jeder hier im Saal vorstellen kann, wie viel Leid jedes Delikt mit sich bringt. Halten Sie sich doch bitte vor Augen, um wen es geht. Es geht um Kinder, die keine grosse Lobby haben. Ich werde mir vorbehalten, weitere Vorstösse zu diesem Thema einzureichen.

Melanie Setz Isenegger: Sexuelle Handlungen und Gewalt an und mit Kindern ist wohl etwas vom Schrecklichsten, das wir uns vorstellen können. Es widerspricht unserer Vorstellungskraft und kommt trotzdem vor, und zwar nicht nur weit weg, sondern auch bei uns. Mit dem Internet und dem Darknet hat das Geschäft noch ganz neue Möglichkeiten und Dimensionen erhalten. Es gestaltet sich zunehmend schwierig, Täter und Konsumenten zu verfolgen und ihnen strafbare Handlungen nachzuweisen. Wie bei anderen Themen auch ist deshalb die nationale und internationale Zusammenarbeit von immenser Wichtigkeit. Mit der Schaffung einer Fachgruppe bei der Luzerner Polizei zur Bekämpfung der digitalen Kriminalität und der Vereinbarung der kantonalen Polizeidirektoren für das NEDIK wurden wichtige Pflöcke eingeschlagen. Auch die Luzerner Staatsanwaltschaft kann dank der Zustimmung dieses Rates im vergangenen Frühling ihre Ressourcen im Bereich Cybercrime ausbauen. Doch seien wir ehrlich: reicht dies tatsächlich, um Kinder wirkungsvoll zu schützen? Alle involvierten Stellen führen aus, es sei ein deprimierender Kampf gegen meistens unbekannte Gegner, und verweisen auf fehlende personelle Ressourcen, fehlendes Know-how und fehlende Infrastrukturen. Kinderpornographie im Netz ist eine aktuelle und traurige Tatsache, aber leider auch nur ein Teil der Bedrohungen mit digitalem Hintergrund. So ist beispielsweise die Fachgruppe Sexualdelikte bei der Luzerner Polizei für die Verfolgung sämtlicher Sexualdelikte sowie von Menschenhandel und der Förderung der Prostitution zuständig. Der Ermittlungsaufwand in all diesen Bereichen hat gemäss Antwort des Regierungsrates in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Die Ressourcen müssten überproportional steigen, damit eben sämtliche Delikte zeitnah verfolgt und entsprechend geahndet werden können. Unsere Anträge dazu sind leider in den letzten Jahren grösstenteils verpufft, auch die CVP hat uns nicht unterstützt. Ebenso wichtig wie ausreichend Mittel und Personal für Cybersecurity und Cybercrime zur Verfügung zu stellen, ist aber auch die Prävention in den Gebieten. Der Regierungsrat führt selber aus, die Ressourcen seien begrenzt. Aktuell ist demnach weiterhin nur die Bearbeitung der Spitze des Eisbergs möglich, wenn überhaupt. Die weiterhin knappen Ressourcen sind auch für die körperliche und psychische Gesundheit der Beamtinnen und Beamten in diesem Bereich nicht förderlich. Wir kommen in den Budgetdebatten gerne auch wieder auf die CVP zurück, wenn es darum geht, mehr Ressourcen für die Polizei und die Justiz zur Ermittlung im Bereich Sexualdelikte – digital oder analog – zur Verfügung zu stellen.

Noëlle Bucher: Twint, Spotify und Netflix sind drei grosse Gewinner der aktuellen Krise. Aber die Leute bezahlen nicht nur öfter bargeldlos, hören mehr Musik und schauen tage- und nächtelang Serien, sie konsumieren auch mehr kinderpornographisches Material. Seit Beginn der Pandemie hat der Konsum von Kinderpornographie drastisch zugenommen. Hinter jedem Video steht die Misshandlung eines Kindes. Meldungen über sexuell missbräuchliches Material, die von verschiedenen Online-Meldestellen gesammelt und an die Polizei weitergeleitet werden, sind weltweit in den letzten Jahren von 1 auf 17 Millionen angestiegen. Seit der Pandemie hat die Nachfrage noch einmal um 30 Prozent zugenommen. Dieses Material findet sich nicht nur in den Tiefen des Darknets, sondern ist zum Teil zwei Klicks vom Bananenbrot von Annemarie Wildeisen entfernt, welches während Corona ebenfalls zum Trend wurde. Diese Anfrage wurde von der CVP eingereicht. Das hat mich positiv überrascht, aber auch etwas irritiert. Die CVP hat nämlich dazu beigetragen, dass wir uns in dieser misslichen Situation befinden und unserer Arbeit nicht so nachgehen können, wie wir sollten. Gleichzeitig verdeutlicht es die Relevanz dieses Themas. Nicht nur bezüglich Dringlichkeit sind sich die Fraktionen bei diesem Vorstoss einig. Es sollte im

Interesse von uns allen in diesem Saal sein, die Jüngsten unter uns vor Machtmissbrauch und körperlichen und seelischen Qualen zu schützen. Die Antwort des Regierungsrates zeigt deutlich auf, dass der Kanton Luzern ressourcenmässig so schlecht dasteht, dass er bei wichtigen Themen auf die Arbeit von anderen angewiesen ist. In der Antwort zu Frage 4 steht, dass bereits heute nicht sämtliche Fälle von verbotener Pornographie bearbeitet werden können. Ob das die NEDIK ändern kann, wissen wir nicht. Wir erwarten von unserem Regierungsrat, dass er alles in seiner Macht Stehende im Kampf gegen Kinderpornographie tun wird. Er muss in diesem Zusammenhang zum Schutz der Jüngsten unserer Gesellschaft auch entsprechende Ressourcen freigeben. Von unseren bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen erwarten wir, dass sie aus ihren Fehlern lernen und in zukünftigen AFP-Behandlungen ihren Worten Taten folgen lassen. Die Bürgerlichen sind aus unserer Sicht mitverantwortlich dafür, dass wir heute da stehen, wo wir stehen.

Philipp Bucher: Inge Lichtsteiner-Achermann hat mit ihrer Anfrage ein dunkles Kapitel angesprochen, wie dunkel, haben wir bereits mehrfach gehört. Wir danken für diese Anfrage und für die Antworten darauf. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass die Regierung, das Justiz- und Sicherheitsdepartement und nicht zuletzt die Luzerner Polizei dieses Thema auf dem Radar haben. Es ist uns auch bewusst, wie schwierig und überaus aufwendig die Verfolgung solcher höchst krimineller Handlungen ist. Anders als zum Beispiel der Drogenhandel findet Kinderpornographie nicht in unmittelbarer Nachbarschaft statt. Aus diesem Grund ist es aus unserer Sicht auch wichtig, dass die Luzerner Polizei hier mit den Polizeikörpern anderer Kantone und international zusammenarbeitet. Einmal mehr stellt die Regierung fest, dass die Luzerner Polizei mangels Ressourcen nicht in der Lage ist, eigene Recherchen durchzuführen und die eingehenden Fälle zu bearbeiten. Wie bereits in unserem Votum zum Postulat P 230 erwähnt, hat die FDP schon vor längerer Zeit mit einem Vorschlag Möglichkeiten aufgezeigt, wie Ressourcen verschoben und für andere ebenso wichtige Aufgaben wie zum Beispiel die Prävention eingesetzt werden könnten. Ein Teil der Aufgaben könnte durch nicht als Polizistin oder Polizist ausgebildete Angehörige der Polizei wahrgenommen werden, zum Beispiel die Kontrolle des ruhenden Verkehrs, Gefangenentransporte, IT oder rein administrative Aufgaben im Backoffice. Dies würde wertvolle Ressourcen für die hoheitlichen Aufgaben der Polizei schaffen.

Mario Cozzio: Wir haben es gehört, die Anfrage von Inge Lichtsteiner-Achermann betrifft ein trauriges und hässliches Thema. Darum ist es so wichtig, darüber zu sprechen und das Thema auf dem Schirm zu behalten. Ich möchte mich dem Votum von Inge Lichtsteiner-Achermann anschliessen. Die Antworten sind enttäuschend und sehr ungenau, vor allem was das kantonsübergreifende Gremium betrifft. Die Antwort zu Frage 9 ist schwach. Wenn wir keine Informationen von dieser privaten Organisation der USA mehr bekommen, haben wir Pech. Dann müssen wir etwas Eigenes aufbauen, und das wird einige Jahre dauern, und viele Fälle könnten wir in dieser Zeit nicht verfolgen. Dieses Thema ist generell kein parteipolitisches Thema, und es verträgt deshalb auch kein parteipolitisches Geplänkel oder Schuldzuweisungen. Es gibt einen enormen Bedarf, und wir müssen jetzt handeln. Ich kann nur von mir sprechen, meine Fraktion wird jedoch wohl hinter mir stehen: Wir werden einen allfälligen weiteren Vorstoss sehr gerne unterstützen.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Es ist so, das ist ein hässliches Thema. Wir sind hier sehr gefordert und haben knappe Mittel, um Delikt-bezogen unsere Arbeit zu machen. Delikt-bezogen bedeutet, dass Delikte im Kanton Luzern vorliegen und Anzeigen vorhanden sind. Aber es gibt noch einen weiteren Bedarf. Es braucht Präventions- und Aufklärungsarbeit, wie solche Transaktionen vor allem im Darknet durchgeführt werden. Ein einzelner Kanton kann aber nicht das ganze Spektrum bewältigen. Es braucht hier nicht nur eine internationale Zusammenarbeit, welche sehr wichtig und gut ist. Die amerikanische Organisation wird weiterarbeiten, wie ich informiert wurde. Es braucht auch eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen, um im Bereich Prävention im Darknet weiterzukommen sowohl im Bereich Cybercrime als auch in der Pornographie und im Menschenhandel, vor allem wenn Kinder betroffen sind. Wir haben in der letzten Organisationsentwicklung eine

Aufstockung bei der Arbeitsgruppe Sexualdelikte vorgenommen, und wir haben auch eine Ergänzung beim Cyber Investigation Board gemacht. Das reicht jedoch nicht. Wir können nicht alles allein stemmen. Hier ist auch die neue Bundesanwaltschaft gefordert. Sprengstoffanschläge werden seit 100 Jahren als Bundesangelegenheit aufgeklärt, aber bezüglich Cyberkriminalität sind wir stecken geblieben. Es braucht für die nachrichtendienstliche Aufklärung solcher Delikte eine neue Aufteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen.